

Paritätisches Positionspapier “Für Menschen, nicht Märkte”

Die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte ist die Geschichte einer fortschreitenden Vermarktlichung von Lebensbereichen, die einer wirtschaftlichen Renditelogik bis dahin nicht oder nur eingeschränkt unterworfen waren. Soziale Dienste, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, das Bildungswesen und öffentliche Dienste wurden einem Preiswettbewerb unterworfen, der nicht auf die möglichst gute Versorgung der Bevölkerung, sondern auf kurzfristige Einsparungen gerichtet war. Ökonomisierung, Privatisierung, Kommerzialisierung, Finanzialisierung und Verbetriebswirtschaftlichung beschreiben in unterschiedlicher Art und Weise Ausprägungen dieser Fehlentwicklungen. Zentrale Bereiche der Infrastruktur des Sozialstaates, wie die netzgebundenen Dienste der Daseinsvorsorge oder öffentliche Wohnungsbestände, wurden ganz oder teilweise privatisiert. Selbst der fortgesetzte Raubbau an der Umwelt wurde marktwirtschaftlich organisiert und durch Verschmutzungszertifikate sanktioniert. Renditen gewinnwirtschaftlich arbeitender Unternehmen stehen häufig nur in den Büchern, weil ihnen soziale Kosten gegenüberstehen, die in den Rechnungen nicht enthalten sind. Diese Rechnungen zahlen Umwelt und Gemeinschaft: durch geringe Löhne für die Beschäftigten, schlechte Arbeitsbedingungen und durch mangelnde Investitionen in Infrastruktur. Die COVID-19-Pandemie hat deutlich gemacht, wie viele bisher vernachlässigte Bereiche „systemrelevant“ sind und wie prekär diese Bereiche häufig ausgestattet sind. Längst wissen wir: Der Markt kann und wird vieles nicht richten. Wenn es um die Sicherung der sozialen und ökologischen Grundlagen des Zusammenlebens geht, ist er Teil des Problems, nicht dessen Lösung. Der Paritätische will aktiv zur sozialen und ökologischen Gestaltung unserer Gesellschaft beitragen und dazu selbstorganisierte und gemeinnützige Organisationsstrukturen fördern und entwickeln helfen.

Gestaltungsoptionen für die Zukunft wurden schon in der Vergangenheit vergeben. Was häufig immer noch als „Schuldenbremse“ bezeichnet wird, schränkte nicht nur notwendige Investitionen ein, sondern erzwang gerade in vielen südeuropäischen Staaten eine Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Gesundheits- und Lebenschancen großer Teile der Bevölkerung. Auf nationaler und europäischer Ebene wurden Möglichkeiten vergeben, die soziale Infrastruktur weiter auszubauen und zu erneuern. Längst sind die Folgen der unterlassenen Investitionen spürbar. Die COVID-19-Pandemie hat häufig gerade die Staaten und Institutionen mit unverminderter Härte getroffen, die bereits in der Vergangenheit besonders stark von Kürzungen und Einschränkungen belastet wurden. Zu den wiederkehrenden Börsen- und Finanzkrisen, wie dem Platzen der sog. Dotcom-Blase im Jahr 2000, der weltweiten Hypotheken- und Finanzkrise 2007/2008 und der mit der Pandemie einhergehenden Wirtschaftskrise zeigt sich, dass die Einsparungen der Vergangenheit die Krisen der Gegenwart begünstigt und ihre Folgen verstärkt haben. Soziale Risiken nehmen zu, Krisen werden zahlreicher, dabei sind ihre Kosten extrem ungleich verteilt. In breiten Bevölkerungsgruppen wachsen deshalb Angst,

Unsicherheit und Unzufriedenheit. Die soziale und politische Polarisierung wachsen, sozialer Zusammenhalt erodiert.

Die gemeinnützige Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland hat angesichts dieser Herausforderungen einmal mehr Unschätzbare dazu beigetragen, die Folgen der Krisen zu mildern, zusätzliches Engagement für das Gemeinwesen zu mobilisieren, gemeinnützige Infrastruktur für die gesamte Bevölkerung und in der gesamten Fläche des Landes aufrechtzuerhalten und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Gerade in Zeiten unvorhergesehener Bedarfslagen und Krisen hat sie gewährleistet, was Staat und Wirtschaft allein nicht mehr zu leisten vermochten. Ihre Leistungen bei der Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen war dabei ebenso systemrelevant, wie in der COVID-19-Pandemie. Die von ihr bereitgestellte Infrastruktur und die Arbeit der vielen tausend haupt- und ehrenamtlich Engagierten war und ist dafür unerlässlich. Erst Krisen verschaffen diesen Leistungen Aufmerksamkeit, und doch prägen sie tagtäglich den Alltag.

Eine sozial und ökologisch nachhaltige, auf sozialen Zusammenhalt zielende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik muss darauf gerichtet sein, die Freiheit von Armut zu gewährleisten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur bereitzustellen und eine möglichst hohe Lebensqualität sicherzustellen. Hierzu gilt es, eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung zu entwickeln. Neu entstandene und bewährte Kooperationsformen zwischen Kommunen und Freier Wohlfahrtspflege müssen gesichert werden. Der individuelle und gesellschaftliche Bedarf, nicht die Maximierung von Profiten, müssen im Vordergrund stehen. Aufgabe einer an den Bedarfen orientierten Wirtschaft ist es, die Versorgung der Bevölkerung wirksam sicherzustellen. Bedarfswirtschaftliches Handeln setzt eine aktive Infrastrukturpolitik voraus, um gleichwertige Lebensverhältnisse in der Fläche sicherzustellen. Der Staat ist gefordert, die dafür notwendigen Mittel durch eine sozial gerechte Steuer- und Abgabepolitik zu mobilisieren. Bei der Leistungserbringung muss das Subsidiaritätsprinzip zur Geltung gebracht werden: Wo immer Angebote durch die Selbstorganisation von betroffenen Menschen und durch gemeinnützige, nicht profitorientierte Anbieter erbracht werden können, müssen diese Vorrang vor staatlichen und gewerblichen Akteuren erhalten. Große soziale Herausforderungen wurden und werden stets nur mit und durch die Freie Wohlfahrtspflege erreicht. Sie produziert sozialen Zusammenhalt und war maßgeblich daran beteiligt, den Sozialstaat in Deutschland aufzubauen und zu entwickeln, den deutschen Einigungsprozess mitzugestalten und in ganz Deutschland nicht-staatliche, vielfältige und stets gemeinnützige Angebote zu schaffen. Aus den Erfahrungen vergangener Krisen zu lernen, heißt anzuerkennen, dass der Staat verpflichtet ist, die Selbstorganisation, die Unabhängigkeit und die Gemeinnützigkeit dieser Akteure anzuerkennen und sie normativ und finanziell zu fördern. Gleichzeitig muss gelten: Wo es um den Menschen geht, um Selbsthilfe, um die Förderung seiner Potenziale und um notwendige Unterstützungsleistungen, da haben Renditeziele nichts zu suchen.

Mit der COVID-19-Pandemie wurde die Logik der fortschreitenden Renditeorientierung erstmals auf breiter Front suspendiert. Die Logik des Sich-Rechnen-Müssens wurde zumindest partiell außer Kraft gesetzt. Geld, das in der Vergangenheit erklärtermaßen nie da war, wurde in erheblichem Umfang mobilisiert und in Krisenbekämpfung investiert. Dieser Richtungswechsel war überlebensnotwendig. Ob er nachhaltig sein wird, ist zu bezweifeln. Angesichts der

sich schon jetzt abzeichnenden Welle neuer Sparprogramme, gerade auf kommunaler Ebene, besteht die reale Gefahr, dass nicht nur bisher erreichte Erfolge zunichte gemacht werden, sondern dass gerade die mit knappen Mitteln wirtschaftenden gemeinnützigen Einrichtungen und Dienste geschwächt aus der Krise hervorgehen und finanzstarke, renditeorientierte Unternehmen demgegenüber an Einfluss gewinnen. Die Erfahrung zeigt, dass von Gewinnstreben und Eigensucht getriebene Strukturen eine erstaunliche Resilienz gegenüber Risiken und deren Wahrnehmung entwickeln.

In Wirtschaft und Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren eine weitreichende Umwertung von Werten vollzogen. Während die renditeorientierten und spekulationsgetriebenen Finanzmärkte immer größeres volkswirtschaftliches Gewicht erlangten, wurden soziale Dienstleistungen buchstäblich entwertet und Schutzmechanismen beseitigt, die einer Privatisierung und Monetarisierung sozialer Infrastruktur im Wege gestanden hätten. Die wirtschaftsliberale Logik hat dabei das Verhältnis von wertschöpfenden und wertabschöpfenden Tätigkeiten auf den Kopf gestellt. Bis in die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hinein galt, dass Werte dort geschaffen werden, wo Leistungen erstellt und Bedarfe bedient werden. Zinswirtschaft und Finanzspekulationen galten überwiegend als unproduktive Tätigkeiten. Diese Auffassung wurde in wenigen Jahrzehnten verkehrt: Heute wird die Finanzindustrie als Produktivkraft in der staatlichen Wirtschaftsrechnung geführt, während soziale Dienstleistungen als Kostenfaktoren gerechnet werden. Sie werden mit dem Maß der auf sie entfallenden Aufwendungen erhoben, als produktiv gelten sie nicht.

Sozialer Zusammenhalt ist gerade heute eine knappe Ressource. Der Wandel der Wirtschaft hat wesentlich dazu beigetragen, den Mut der Menschen und mit ihm den sozialen Zusammenhalt zu erschöpfen. Anstatt zu befähigen und zu ermächtigen, wurde Eigenverantwortung gefordert. Die „Ich-AG“ stand sinnbildlich für eine Entwicklung, in der die Einzelnen zu Unternehmerinnen und Unternehmern ihrer selbst gemacht wurden. Wer wirtschaftlich gescheitert war, sah sich mit einer neuen Moralisation sozialer Lagen konfrontiert. Wer Armut erfuhr, ist seitdem nicht mehr nur hilfe- sondern auch rechtfertigungsbedürftig. Die mittelalterliche Trennung zwischen würdigen und unwürdigen Armen erfuhr eine Renaissance im modernen Gewand der Arbeitsmarktreformen. Diese und weitere Entwicklungen haben dazu beigetragen, Vereinzelung zu fördern. Sie haben die Fähigkeit und die Bereitschaft zu gemeinschaftlichen Organisationsformen geschwächt und den Glauben an die Wirksamkeit des eigenen Engagements, aber auch an die Handlungsmacht und die Handlungsbereitschaft öffentlicher Institutionen geschwächt. Das hat nicht nur Vereinsamung gefördert, sondern auch den neuen und alten Demokratieverächtern von rechts in die Hände gespielt. Ihre Forderung, angeblich verlorene Kontrolle zurückzuerobern, findet in der Schwächung kollektiver, zivilgesellschaftlicher Organisationsformen und der geschwundenen wirtschaftlichen und politischen Handlungsfähigkeit des Staates den notwendigen Nährboden für ihr destruktives und menschenfeindliches Wirken.

Es ist deshalb höchste Zeit, einer blinden Wettbewerbsideologie Einhalt zu gebieten, die das konkurrierende Neben- und Gegeneinander von Unternehmen, Organisationen und Menschen zur allgemeinen Verhaltens- und Organisationsnorm stilisiert. Stattdessen gilt es, die Institutionen zu stärken, die gemeinschaftliches Handeln in Vielfalt fördern, und anzuerkennen, dass Verhältnisse vor allem dann

gestaltet und verändert werden können, wenn der Weg dorthin kollektiv inklusiv, partizipativ und in Anerkennung der Gleichwürdigkeit aller Beteiligten beschritten wird. Die gemeinnützige Freie Wohlfahrtspflege arbeitet kooperativ. Nicht der einzelne Unternehmer, sondern eine Gruppe von Menschen trägt Sorge für das gemeinnützige Engagement. Das Engagement in der Selbsthilfe und für Dritte fördert und stärkt die Selbstwirksamkeit. In einer Vielzahl von Organisationsformen lässt sich dieses Engagement verwirklichen: in Vereinen und Initiativen, in Genossenschaften, Gesellschaften, Stiftungen und Kooperativen. Dieses kooperative Wirtschaften ist eine Form des Wirtschaftens, die Beteiligung ermöglicht und dadurch Gemeinwohl fördern kann. Was sie zu leisten vermag, zeigt die Vergangenheit. Dass es daran fehlt, zeigt die Gegenwart. Ihr gehört die Zukunft.

Dem Status der Gemeinnützigkeit kommt dabei die zentrale Funktion zu, Bürgerinnen und Bürger die Gewähr dafür zu bieten, dass Geld und Zeit gut in gemeinnützige Organisationen investiert sind. Diese Qualität muss auch künftig erhalten werden. Keinesfalls darf es dazu kommen, dass das Gemeinnützigkeitsrecht verändert wird, um die Ausschüttung von Gewinnen zu ermöglichen.

Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft sind keine getrennten Sphären, sie sind in- und miteinander verwoben. Dennoch herrscht der Gedanken vor, wirtschaftliche, soziale und politische Krisen können getrennt voneinander bearbeitet werden. Das können sie nicht. Die ökologische Krise, die die Lebensgrundlagen der Menschheit in Frage stellt, lässt sich nur gemeinsam mit der sozialen Krise, dem Wachstum der Ungleichheit und der Vernichtung von Lebenschancen bekämpfen. Armut und Ungleichheit können ihrerseits nicht überwunden werden, wenn nicht die Krise der politischen Repräsentation überwunden wird. Und nur, indem wir diese Dimensionen gemeinsam denken und Handlungsalternativen für das Diesseits formulieren, haben wir auch nur eine Chance, die bestehenden Probleme überwinden zu können. Weder die Krise des Sozialen noch die Krise des Politischen noch die Krisen von Ökologie und Ökonomie lassen sich allein auf nationaler Ebene bearbeiten. Alle Alternativen müssen sich jedoch daran bewähren, dass sie für den Einzelnen, dass sie für Familien und lokale Gemeinschaften, dass sie für Regionen und in der Folge für Länder, für Staaten und ihre Gemeinschaften und in letzter Instanz universal wirksame Alternativen aufzeigen.

Der Paritätische ist geprägt durch die Idee der Selbstorganisation von Betroffenen, er fördert und unterstützt die Selbsthilfe und gewährleistet eigene Beteiligungsmöglichkeiten. Er will dazu beitragen, Menschen zu einer selbstbestimmten und eigenmächtigen Interessenorganisation zu befähigen. Eine nachhaltige Veränderung der Gesellschaft muss an den Wurzeln der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und den politischen Krisen ansetzen. Sie hängen zusammen und sie lassen sich nur zusammen bewältigen. Die gegenwärtige Situation bietet die Gelegenheit, den notwendigen Richtungswechsel nicht nur einzuleiten, sondern zu vollziehen: Ein anderes Wirtschaften ist möglich. Ein anderes Wirtschaften ist nötig.

Verabschiedet vom Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbandes in der Sitzung am 4. Dezember 2020.